

## **Entschließungsantrag**

### **der Fraktionen der SPD und FDP**

#### **zur Erklärung der Bundesregierung zum Afghanistanatag**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag erinnert:

an die Afghanistan-Resolutionen der Vereinten Nationen vom 14. Januar 1980, 20. November 1980 und vom 18. November 1981;

an die Erklärungen

— des 3. Islamischen Gipfeltreffens vom 25. bis 28. Januar 1981,

— der Konferenz der Blockfreien-Bewegung vom 9. bis 13. Februar 1981,

— der Commonwealth-Konferenz vom 30. September bis 7. Oktober 1981 sowie

an die Entschließungen der IPU,

in denen als öffentliche Meinung der Welt eindeutig zum Ausdruck kommt, daß die sowjetische Intervention in Afghanistan nicht hingenommen werden kann. Die Besetzung Afghanistans durch sowjetische Truppen ist nicht nur ein Verstoß gegen geltende Normen des Völkerrechts, sondern vor allem eine schwerer Schlag gegen die Politik der Blockfreiheit. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß die fortdauernde Besetzung Afghanistans neben anderen Ursachen auch ein wichtiger Grund für die anhaltenden Spannungen im Ost-West-Verhältnis ist.

2. Das afghanische Volk erleidet täglich schwere Menschen- und Blutopfer. Ein Ende der menschlichen Leiden ist nur möglich, wenn die sowjetischen Truppen das Land verlassen, damit die Einmischung von außen beendet wird und Afghanistan seine Unabhängigkeit und Blockfreiheit wiedererlangt. Der Deutsche Bundestag unterstützt deshalb insbesondere die Erklärung des Europäischen Rats vom 20. Juni 1981, in der der Versuch gemacht wird, einen Weg für eine politische Lösung des Afghanistan-Problems zu öffnen. Eine internationale Kon-

ferenz, die in zwei Phasen ablaufen könnte, ist nach wie vor ein gangbarer Weg, um zu einer politischen Lösung unter Ein-schluß aller politischen Kräfte Afghanistans zu gelangen.

3. Der Deutsche Bundestag appelliert an die sowjetische Führung, sich dem Verlangen der überwältigenden Mehrheit der Staatengemeinschaft insbesondere der Dritten Welt nicht länger zu widersetzen, den Abzug der Truppen einzuleiten und im Interesse einer dauerhaften Lösung den Verhandlungsweg zu beschreiten. Eine Lösung des Afghanistan-Problems wäre ein entscheidender Beitrag zur internationalen Entspannung und zur Aufrechterhaltung des Friedens.

Bonn, den 10. März 1982

**Wehner und Fraktion**

**Mischnick und Fraktion**